

Möglichst mit allen Mitarbeitern durch die Krise

Delegiertenversammlung der IG Metall – Bezirksleiter Jörg Hofmann setzt auf Beschäftigungssicherung – Exklusiv-Interview

Sascha Kurz

Schwäbisch Gmünd. Die Krise bewältigen und Beschäftigung sichern. Dieses Ziel bekräftigten Delegierte und Funktionäre der IG Metall bei ihrer Konferenz im Gmünder Stadtgarten. Mit dabei: IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann, der zuvor der Firma TRW Automotive in Alfdorf einen Besuch abgestattet hatte. Er erklärte, diese Thematik werde bei den Tarifverhandlungen 2010 und schon davor im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen. Im Stadtgarten trafen sich gut 80 von insgesamt rund 320 Delegierten im Gmünder Raum, um über Wege zu diskutieren, mit „möglichst allen Mitarbeitern durch die Krise“ zu kommen, wie der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Gmünd und Aalen, Roland Hamm, sagte.

Am Rande der Delegiertenkonferenz gab Jörg Hofmann dieser Zeitung ein Interview, in dem er auch sein Verhältnis zu IG Metall-Chef Berthold Huber und dessen Standpunkte präziserte und aktuelle Themen anriss.



IG-Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann, Roland Hamm (re.) und Peter Müller (2.v.li.) bei der Delegiertenkonferenz im Stadtgarten. (Foto: Tom)

Herr Hofmann, gibt es zwischen Ihnen und Berthold Huber unterschiedliche Standpunkte? Fordern Sie mehr Lohn und Huber die Beschäftigungssicherung? Ist eine unterschiedliche Haltung in regionalen Gegebenheiten begründet?

Jörg Hofmann: Nein, denn die IG Metall ist sich einig, dass es jetzt um Fragen der Beschäftigungssicherung, Ausbildung und Übernahme geht. Darin liegen unsere Prioritäten, da gibt es keinen Dissens. Das Thema duldet keinen Aufschub und kann nicht warten,

bis die Tarifrunde irgendwann im Mai oder Juni kommenden Jahres zu Ende ist. Deshalb haben wir Südwestmetall auch aufgefordert, zeitnah Gespräche darüber mit uns zu führen.

Wie weit sind die Planungen für die Tarifrunde gediehen? Wann wird Forderung präsentiert? Wie sieht der Fahrplan aus?

Die Tarifrunde ist noch ein ganzes Stück weg. Wir werden nicht vor Mitte März über eine Forderung beschließen. Der Tarifvertrag läuft ja noch bis Ende April 2010. Es geht jetzt wirklich darum, Beschäfti-

gung zu sichern, damit Beschäftigte durch den Verlust des Arbeitsplatzes nicht zu den Opfern einer Krise werden, die sie nicht verursacht haben.

Welche Möglichkeiten sollte die Politik in Erwägung ziehen, damit Betrieben genügend Liquidität zur Verfügung steht?

Damit Unternehmen andere Möglichkeiten bekommen, um an Kapital zu kommen, haben wir einen öffentlichen Fonds vorgeschlagen. Dieser „Perspektivfonds Arbeit und Innovation Baden-Württemberg“ könnte sich in Form verbürgter Anleihen Geld an den Kapitalmärkten organisieren. Mit diesem Kapital könnte dann in Form stiller Beteiligungen die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt werden. An welchen Unternehmen sich der Fonds beteiligt, sollte ein unabhängiges Gremium entscheiden. Dabei sehe ich die Gewerkschaften auf jeden Fall mit im Boot.

Erläutern Sie das Modell zur Arbeitszeitverkürzung, das Sie angedacht haben.

Bereits heute ist im Beschäftigungssicherungstarifvertrag



Bezirksleiter Jörg Hofmann

ein Absenken der Arbeitszeit von 35 auf 30 Stunden möglich. Es geht uns nun darum, den Instrumentenkasten zur Beschäftigungssicherung zu erweitern, beispielsweise um eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden. Den damit verbundenen Einkommensverlust müssten die Arbeitgeber allerdings in Form eines Teillohnausgleiches abfedern. Damit die Belastungen für die Unternehmen dennoch überschaubar bleiben, sollte dieser Ausgleich von der Bundesregierung steuer- und abgabenfrei gestellt werden.